

Stellungnahme der AfD Baden-Württemberg

von Stephan Köthe

1. Verlässlichkeit der Betreuung

Frage: Welche konkreten, kurzfristig wirksamen Maßnahmen plant Ihre Partei, um verlässliche Betreuungszeiten (z. B. Ganztagsangebote, vereinbarte Abhol-/Bringzeiten) auch bei Personalengpässen dauerhaft sicherzustellen? Bitte nennen Sie Zeitplan und Finanzierungsquelle.

Antwort:

Unsere Partei will verlässliche, familiengerechte Betreuungszeiten sichern, ohne Eltern in ein bestimmtes Betreuungsmodell zu drängen. Kurzfristig setzen wir auf:

Aufbau kommunaler Vertretungspools (Springerstellen) für Kitas und Schulkindbetreuung, die von Land und Kommunen gemeinsam finanziert werden. Die Finanzierung erfolgt durch Umschichtung bestehender Mittel, etwa durch Abbau ideologischer Programme im Bildungs- und Familienbereich zugunsten konkreter Betreuungsleistungen.

Prioritäre Sicherung der vereinbarten Öffnungs-, Bring- und Abholzeiten vor Angebotsausweitungen; bei Engpässen gilt: vorhandene Zeiten absichern statt neue Projekte starten.

Bürokratieabbau in Einrichtungen, damit mehr Arbeitszeit tatsächlich bei den Kindern ankommt; hierzu gehören vereinfachte Dokumentations- und Berichtspflichten.

Zeitplan: Erste landesweite Vertretungspools und Entbürokratisierungsmaßnahmen sollen in der neuen Legislatur binnen der ersten zwei Jahre verbindlich eingeführt werden; Ziel ist, dass spätestens zum Kitajahr 2028/29 alle Träger Zugang zu Vertretungskräften haben.

2. Personalgewinnung und -bindung

Frage: Welche Maßnahmen will Ihre Partei ergreifen, um genügend Fachkräfte für Kitas und Schulkindbetreuung zu gewinnen und zu halten (z. B. Vergütung, Ausbildungskapazitäten, Quereinstiegsprogramme, tarifliche Regelungen, Arbeitszeitmodelle)? Nennen Sie messbare Ziele und das dazugehörige Budget.

Antwort:

Gute Kitas und Schulkindbetreuung gibt es nur mit genügend, gut motivierten Fachkräften. Wir setzen auf:

Schrittweise Verbesserung der Vergütung und Arbeitsbedingungen im Schul- und Kita-Bereich, finanziert durch Schwerpunktsetzung im Landeshaushalt und Einsparungen bei aufgeblähter Verwaltung.

Ausbau der Ausbildungskapazitäten für Erzieherinnen und Erzieher; praxisnahe duale Modelle sollen gestärkt werden.

Geordnete, qualitätsgesicherte Quereinstiegsprogramme: Quereinsteiger nur mit nachweisbarer pädagogischer Zusatzqualifikation und klaren Fortbildungsaufgaben, um die Betreuungsqualität zu sichern.

Flexible Arbeitszeitmodelle (Teilzeit, Jobsharing), um den Beruf familienfreundlicher zu machen und erfahrene Kräfte zu halten.

Messbare Ziele: Wir streben an, innerhalb von fünf Jahren die Zahl der vollzeitäquivalenten Fachkraftstellen im frühkindlichen Bereich deutlich zu erhöhen und den Anteil unbesetzter Stellen spürbar zu senken; Grundlage sind klar definierte Personalbemessungen und eine regelmäßige Evaluierung.

3. Schulkindbetreuung / Ganzttag und Übergänge

Frage: Wie möchte Ihre Partei die koordinierten Übergänge zwischen Hort, Offener Ganzttagsschule (OGS) und schulischen Ganztagsangeboten sowie verlässliche Ferienbetreuung sicherstellen? Welche Mindestpersonalschlüssel und Qualitätskriterien sollen gelten? Wie gehen Sie damit um, wenn vorhandene Plätze für die Erfüllung des Rechtsanspruchs ab dem Schuljahr 2026/2027 für die neuen Erstklässler nicht ausreichen, um den Platzbedarf zu decken?

Antwort:

Wir wollen Schulkindbetreuung, Hort, offene Ganzttagsschule und schulische Ganztagsangebote besser verzahnen, ohne Eltern zu einem bestimmten Modell zu zwingen.

Kommunale Kooperationsverträge zwischen Schulen, Horten und freien Trägern sollen verbindliche Zuständigkeiten, Übergaben und Informationswege festschreiben, damit der Übergang zwischen Kita, Schule und Ganzttag für Kinder verlässlich und überschaubar wird.

Mindestpersonalschlüssel orientieren sich an überschaubaren Gruppengrößen, stabilen Bezugspersonen und genügend Vor- und Nachbereitungszeit; Qualität geht vor reiner Aufbewahrung.

Ferienbetreuung soll flächendeckend als freiwilliges, kommunal organisiertes Angebot mit Unterstützung des Landes bereitstehen.

Rechtsanspruch ab 2026/27: Reichen Plätze nicht aus, hat für uns der Ausbau in den besonders betroffenen Kommunen Vorrang; das Land muss hier mit gezielten Investitions- und Personalförderprogrammen unterstützen, statt neue, unfundierte Rechtsansprüche zu Lasten der Kommunen zu beschließen. Übergangsweise sind kurzfristige Notlösungen (zusätzliche Gruppen in bestehenden Räumen, Kooperation mit Trägern der Jugendarbeit) möglich, jedoch stets mit klaren Qualitätsstandards.

4. Notfall-/Ersatzkonzepte & Qualitätswahrung

a) Frage: Welche rechtlichen/operativen Vorgaben schlagen Sie vor, damit bei kurzfristigen Personalausfällen Betreuungszeiten nicht einseitig reduziert werden (z. B. verpflichtende Vertretungsreserven, Poolkräfte, kooperative Ersatzmodelle zwischen Trägern)?

b) Frage: Welche Betreuungsformen sind Ihnen als Partei besonders wichtig und welche Maßnahmen sehen Sie als notwendig an, damit die Kinder qualitätsgesichert betreut und gebildet werden?

Antwort zu a):

Wir wollen, dass Personalausfälle nicht reflexartig zu einseitigen Kürzungen der Betreuungszeiten führen.

Verpflichtende Vertretungsreserven und Poolkräfte auf kommunaler oder regionaler Ebene, finanziell unterstützt durch das Land.

Erleichterung kooperativer Ersatzmodelle zwischen Trägern (z. B. gemeinsamer Springerpools, temporäre Zusammenlegung kleiner Gruppen) auf klarer Rechtsgrundlage.

Klare Priorität: Zuerst innerbetriebliche Umorganisation und Vertretung, erst in letzter Linie Reduzierung von Öffnungszeiten, und nur zeitlich befristet.

Antwort zu b):

Uns sind insbesondere wichtig:

Überschaubare, altersgerechte Gruppengrößen, feste Bezugspersonen und eine alltagsnahe, spielerische Bildung statt Überforderung oder Frühverschulung.

Stärkung der Kindertagespflege als gleichwertiges Angebot mit kleinen Gruppen und hoher Beziehungsqualität.

Ideologiefreie, wertorientierte Erziehung, die Kinder schützt statt sie zu verunsichern; frühkindliche Einrichtungen sind Orte der Zuwendung, nicht der politischen Indoktrination.

Zur Qualitätssicherung setzen wir auf verbindliche Fachstandards, Fortbildung, Entlastung von Bürokratie und eine enge Zusammenarbeit mit den Eltern.

5. Kapazitätsausbau & Infrastruktur

Frage: Welche konkreten Ausbau- und Modernisierungspläne (Platzschaffung, Tagesstruktur, Raumausstattung) fördern Sie für städtische und freie Träger — und wie stellen Sie sicher, dass Bedarfe in einzelnen Kommunen (z. B. wachsende Ortsteile) priorisiert werden?

Antwort:

Wir wollen den bedarfsgerechten Ausbau von Plätzen und Infrastruktur voranbringen, ohne Kommunen zu überfordern.

Das Land stellt einen Investitionsrahmen zur Verfügung, der sich vor allem aus Einsparungen an anderer Stelle im Haushalt speist (Verwaltungsabbau, Streichung ineffizienter Programme).

Priorisierung schnell wachsender Ortsteile und Kommunen mit besonderem Druck durch eine bedarfsgerechte, transparente Verteilung der Landesmittel.

Förderung flexibler Tagesstrukturen, kindgerechter Räume und Außenflächen, bei gleichzeitiger Entbürokratisierung der Bau- und Betriebsauflagen.

Städtische wie freie Träger sollen gleichberechtigt Zugang zu Fördermitteln erhalten; entscheidend sind Bedarf, Qualität und Wirtschaftlichkeit, nicht die Trägerfarbe.

6. Transparenz, Monitoring und Bürgerbeteiligung

Frage: Wie will Ihre Partei Verlässlichkeit, Personalsituation und Betreuungsqualität regelmäßig messen und öffentlich berichten (Indikatoren, Mindestberichtspflichten, Sanktionen bei Nichterfüllung)? Wie werden Eltern und Beschäftigte in die Lösungsfindung eingebunden?

Antwort:

Verlässliche, gute Betreuung braucht Transparenz und Beteiligung.

Regelmäßige landesweite Berichte zu Verfügbarkeit, Personalsituation und Betreuungsqualität auf Basis klarer Indikatoren (z. B. Personalschlüssel, Ausfalltage, Gruppengrößen, Qualifikation).

Mindestberichtspflichten der Träger gegenüber Kommunen und Land; bei dauerhafter Nichterfüllung von Standards sind unterstützende Maßnahmen, im Extremfall auch strukturelle Änderungen, einzuleiten.

Systematische Einbindung von Eltern und Beschäftigten über Kita- und Schulausschüsse, kommunale Familien- und Jugendgremien sowie Anhörungen bei wichtigen Änderungen.

Ziel ist eine Kultur der partnerschaftlichen Verantwortung: Eltern, Fachkräfte, Träger und Politik tragen gemeinsam die Verantwortung dafür, dass Kinder gut betreut und gefördert werden.

7. Finanzierbarkeit

Frage: Wie sollen die erforderlichen Maßnahmen zur Umsetzung auf vorstehend genannte Antworten finanziert werden?

Antwort:

Unsere Partei bekennt sich zur soliden Finanzierung der Familien- und Bildungspolitik im Rahmen der sozialen Marktwirtschaft.

Die Finanzierung der genannten Maßnahmen soll vor allem durch Umschichtungen im Landeshaushalt erfolgen: Abbau überflüssiger Bürokratie, Zusammenlegung von Ministerien, Streichung ideologiegetriebener Projekte und ineffizienter Förderprogramme.

Kommunen dürfen nicht länger durch neue Aufgaben ohne Gegenfinanzierung belastet werden; wir wollen die Finanzbeziehungen Land-Kommunen so ordnen, dass Kernaufgaben wie Kinderbetreuung verlässlich finanziert werden.

Schuldenfinanzierte Scheinlösungen lehnen wir ab; Investitionen in Familien, Betreuung und Bildung sind Prioritäten innerhalb eines insgesamt soliden Haushalts, nicht Vorwand für neue Schulden.

So stärken wir Familien, sichern Chancen für Kinder und erhalten dennoch die finanzielle Handlungsfähigkeit von Land und Kommunen.

Wir bedanken uns herzlich für die Stellungnahme und die Bereitschaft zum Dialog mit unserer Kitastrophe Ostfildern!